



POMMERSCHER DIAKONIE VEREIN

Vorsteher

Dr. Michael Bartels

Pommerscher
Diakonieverein e. V.
Rakower Straße 18
17489 Greifswald
Tel. 03834 8537-112
Fax 03834 8537-179

michael.bartels@
pommerscher-
diakonieverein.de

Bankverbindungen

Volksbank
Raiffeisenbank eG
BIC GENODEF1ANK
IBAN DE 19 1506
1638 0008 0656 32

Evangelische Bank eG
BIC GENODEF1EK1
IBAN DE 35 5206
0410 0006 4176 71

Pommerscher Diakonieverein e.V. • Rakower Straße 18 • 17489 Greifswald

Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Frau Manuela Schwesig
Staatskanzlei
19048 Schwerin
Manuela.Schwesig@stk.mv-regierung.de

Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald
Herrn Michael Sack
Feldstraße 85 a
17489 Greifswald
michael.sack@kreis-vg.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht	Unser Zeichen, unsere Nachricht	Telefon	Telefax	Datum
	Ba-Ku	-112	-179	22.03.2021

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,
sehr geehrter Herr Landrat Sack,

die aktuelle Coronasituation in den Wohnstätten für behinderte Menschen, die durch den Pommerschen Diakonieverein e.V. im Landkreis Vorpommern-Greifswald an den Standorten Greifswald und Züssow betrieben werden, veranlasst mich dazu, mich auf diesem Weg an Sie zu wenden.

In Greifswald ist derzeit in drei unserer Wohngruppen ein aktives Infektionsgeschehen zu verzeichnen, in Züssow sind zwei Wohnhäuser für behinderte Menschen von Infektionen und umfänglichen Quarantänemaßnahmen betroffen. Es bestehen akute Gefährdungen für Leib und Leben der Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen, die bis zum heutigen Tag keinen Impfschutz erhalten haben. Während in Züssow derzeit 24 Bewohner*innen und 10 Mitarbeiter*in mit Corona infiziert sind, sind im Greifswalder Martinstift aktuell 23 von 25 Bewohner*innen infiziert bzw. an Covid 19 erkrankt. Mehrere Bewohner*innen mussten bereits intensivmedizinisch behandelt werden. Erste Todesfälle sind aufgetreten und weitere sind in den kommenden Tagen zu erwarten. Vom Stammpersonal des Martinstifts sind inzwischen sieben Mitarbeiter*innen infiziert, z. T. mit schweren Symptomen erkrankt. Für die Einrichtung wird es zunehmend schwierig, die laufenden Dienste abzusichern bzw. auch Mitarbeiter*innen aus anderen Einrichtungen zu motivieren, ohne vorherige schützende Impfung Dienste in den gefährdeten Bereichen zu übernehmen. Die Lage in den betreffenden Wohnstätten kann insofern nicht anders als dramatisch bezeichnet werden.

Für uns als Träger von Wohneinrichtungen für behinderte Menschen ist es schwer nachvollziehbar, dass die bundesweite Prioritätensetzung zur Impfung gegen das Coronavirus Menschen mit Behinderung pauschal in die zweite Kategorie eingestuft hat. In einer notwendigen Differenzierung dieser Personengruppe gibt es eine große Anzahl von Menschen, die ohne jeden Zweifel in die höchste Kategorie der Risikogefährdung einzustufen sind. Hierzu gehören u. E. Menschen mit Trisomie 21. Zusätzliche Gefährdungen ergeben sich daraus, dass eine große Zahl der behinderten Menschen nur eingeschränkt über die sie betreffenden Krankheitssymptome kommunizieren kann. Die Wohnsituation in den Wohngruppen trägt dazu bei, dass Übertragungen des Virus (und erst recht seiner Mutanten), sobald erste Infektionen in den betreffenden Häusern festgestellt werden, kaum zu vermeiden sind. Schon die Einhaltung der Quarantäneanordnungen ist sehr schwer zu kommunizieren und umzusetzen. Bezüglich der besonderen Risiken, die sich aus gemeinschaftlichen Wohnformen ergeben, unterscheiden sich die Einrichtungen der Eingliederungshilfe in nichts von den Einrichtungen der stationären Pflege, die in den ersten Wochen dieses Jahres prioritär für Impfungen vorgesehen waren.



UNTERNEHMENS
GRUPPE

POMMERSCHER
DIAKONIE

Lebensfelder
bestellen



Unsere Mitarbeiter*innen tragen die physische und psychische Last ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit mit Empathie, Leidenschaft und bewundernswertem Einsatz. Jedoch sind die Grenzen der körperlichen und mentalen Anforderungen erreicht. Und vor allem sind diese Grenzen sowie die dramatische Zuspitzung der Gesamtsituation für die betreffenden Bewohner*innen schon seit mehreren Wochen absehbar gewesen. Leitende Mitarbeiter*innen unseres Vereins haben sich bereits seit Wochen darum bemüht, Impftermine für behinderte Menschen der Werkstatt und der Wohnstätten mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald abzustimmen. Leider ohne jeden Erfolg. Erst am 11.03.21 wurden Impfungen in den Greifswalder Wohnstätten für den 19.03.21 angekündigt. Diese mussten, aufgrund des zwischenzeitlichen Stopps für Impfungen mit dem Impfstoff AstraZeneca, ausgesetzt werden und sind nun für diese Woche vorgesehen. Das derzeitige Infektionsgeschehen lässt dann aber eine Impfung in einigen Wohnbereichen nicht mehr oder nur eingeschränkt zu. Mit großer Bitterkeit stellen wir fest, dass der Wettlauf mit der Zeit verloren wurde. Die Impfungen kommen zu spät.

Die Bewohner*innen der betreffenden Wohnstätten sind dem Virus anscheinend schutzlos ausgeliefert. Unsere Mitarbeiter*innen sind in höchstem Maße betroffen über die schweren Verläufe der Covid-19-Erkrankung und insbesondere über den Tod von Menschen, die über viele Jahre zum Leben der Gemeinschaft dazugehörten. Und neben Ohnmacht und Trauer gibt es bei vielen Beteiligten, u. a. auch Angehörigen der betreffenden Menschen, ein großes Maß an Empörung. Es ist der Eindruck entstanden, dass Menschen mit Behinderungen in der Diskussion um Schutzbedürftigkeit vergessen wurden. Beschwerden, die in diesem Sinne an uns herangetragen werden, haben wir wenig entgegengesetzt. Im Gegenteil. Wir können die fatale Entwicklung selbst nur mit größtem Unbehagen verfolgen. Als Leistungsanbieter, der Wohnstätten für behinderte Menschen auch im Landkreis Vorpommern-Rügen vorhält, mussten wir feststellen, dass die im dortigen Landkreis befindlichen Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe bereits im Januar und Februar (Abschluss der zweiten Impfung war am 09.02.21!) vollständig durchgeimpft waren. Der aus dieser unterschiedlichen Impfpraxis abzuleitende, naheliegende Gedanke, dass die Chancen, unversehrt durch die Pandemie zu kommen, für Menschen mit Behinderungen abhängig davon ist, in welchem Landkreis des Bundeslandes sie leben, ist nahezu unerträglich.

Der Hinweis auf das unterschiedliche Impfgeschehen in den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen verdeutlicht, dass das häufig gebrauchte Argument der bisher fehlenden Impfdosen nicht zur Erklärung der entstandenen unbefriedigenden Situation ausreicht. Vielmehr stellt sich die Frage, nach welchem Schlüssel die im Land vorhandenen Impfdosen auf die Landkreise verteilt wurden bzw. werden und wie die Organisation der Impfungen dann landkreisbezogen erfolgt. Das Wort eines Bundesministers aus dem Jahr 2020, wonach wir in und nach der Pandemie einander viel verzeihen müssen, gilt heute mehr denn je. Die Pandemie ist und bleibt eine Herausforderung, in der auch bei höchstem Engagement aller Beteiligten nicht ausgeschlossen werden kann, dass Fehler passieren oder negative Entwicklungen eintreten. Wo es um das Leben gefährdeter Gruppen in unserem Gemeinwesen geht, müssen Beweggründe, Entscheidungen oder gar daraus resultierende Versäumnisse aber geklärt und erklärt werden. Die betreffenden Menschen haben ein Recht darauf. In diesem Sinne bitten wir mit Nachdruck darum, dass das Vertrauen in die landes- und kommunalpolitische Handlungskompetenz in der Krise bei den betreffenden Menschen wiederhergestellt und damit einer eventuell zunehmenden Politikverdrossenheit entgegengewirkt wird.

Was wir vor allem aber fordern, ist eine umgehende, lösungsorientierte Ad-hoc-Aufnahme der in diesem Schreiben genannten gravierenden Problemstellungen, soweit dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch möglich ist. Der Verdacht, dass die unbefriedigende Situation im Landkreis Vorpommern-Greifswald auch mit parteipolitischen Differenzen zusammenhängen könnte, darf nicht im Ansatz aufkommen. Zu den notwendigen Maßnahmen gehö-



POMMERSCHER
DIAKONIE
VEREIN

ren u. E. vordringlich sofortige Impfungen für Risikopersonen und Mitarbeiter*innen der Wohn- und Werkstätten der Eingliederungshilfe. Es darf kein weiterer Tag verloren gehen!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Bartels
Vorsteher

Kopie zur Kenntnis an:

- Landesbischöfin Kühnbaum-Schmidt
- Vorstand des Diakonischen Werkes in Mecklenburg-Vorpommern
- Kuratorium des Pommerschen Diakonievereins e.V.
- Mitarbeiter*innen des Geschäftsbereichs assistieren des Pommerschen Diakonievereins e.V.